BPA-Nachrichtenabt. Referat II A 5 Rundf.-Ausw. Inland

37

Fernseh-/Hörfunkspiegel I 13.09.93 Kinkel - Auszug -

n-tv/10.09.93/21.15/Kö - VILLA BONN - KOKINKE1/12.09.93

Dr. Klaus K i n k e l , Bundesminister des Auswärtigen und Vorsitzender der FDP,

zu aktuellen außenpolitischen Fragen

1. Gegenseitige Amerkennung PLO - Israel

Frage: (Thomas Fuhrmann) ... Glauben Sie, daß damit etwas Unumkehrbares im Nahen Osten passiert ist?

Antwort: Ich hoffe es jedenfalls... Ich glaube es schon seit längerer Zeit, daß der Prozeß hin zum Frieden im Nahen Osten mindestens unumkehrbare Tendenzen angenommen hat. Was am Freitag morgen geschehen ist - erfreulich; Glückwunsch an die Israelis, Glückwunsch auch an die PLO -, hat die Situation und Landschaft dort verändert. Ich glaube, daß das ein Durchbruch ist, der allerdings noch viele Schwierigkeiten mit sich bringen wird.

2. Sicherheitspolitische Anbindung von Mittel- und Osteuropa an Westeuropa

Frage: ... Wie soll das konkret geschehen?

Antwort: Ich habe verschiedene Wege aufgezeigt. Ich habe gesagt, daß wir diese Länder ja in der Vergangenheit in besonderer Weise gedrängt, aufgefordert haben, sozusagen in die Gesellschaft der Freien zu kommen. Jetzt haben sie es getan. Jetzt dürfen wir sie nicht im Stich lassen... Diese Länder brauchen wirtschaftliche, politische Hilfe. Das wird in erster Linie möglich sein durch die Heranführung über Assoziierungsabkommen an die Europäische Gemeinschaft. Sie brauchen aber Sicherheit. Dem wird entsprochen werden können dadurch, daß, entweder über das Vorzimmer der NATO, dem NATO-Kooperationsrat, oder der NATO selber, diese Sicherheit gewährt werden kann. Aber das müssen wir mit unseren Partnern besprechen, insbesondere auch mit den Amerikanern, weil sie ja sozusagen – gerade, was NATO anbelangt – Sicherheit für neue Länder mit garantieren, mit übernehmen müssen. Und deshalb gehe ich mal davon aus, daß beim NATO-Gipfel Anfang des nächsten Jahres diese Themen sehr ernsthaft geprüft und auch beantwortet werden. Wichtig war natürlich, was Jelzin in Polen gesagt hat...

3. Die Europäer und der Balkankrieg

Frage: Glauben Sie, daß ... man durch so eine Anbindung so etwas (wie ethnische Konflikte) verhindern kann?

Antwort: Es wird sicher helfen. Vernetzungen und gemeinsame Strukturen und Absicherungen helfen gegen das, was Sie angesprochen haben, sicher. Das weiß natürlich auch Rußland; das wissen die anderen mittel- und osteuropäischen Länder, und deshalb suchen sie ja auch diese Strukturen. Rußland in der KSZE, die anderen mittel- und osteuropäischen Staaten eben eher über NATO-Kooperationsrat und die NATO... Wir müssen diese Sicherheitsvernetzung für eine europäische Sicherheitsstruktur weiter betreiben, und ich hoffe, daß es dann insgesamt eben auch in der Zukunft möglich sein wird, solche schrecklichen Konflikte, wie wir sie im Augenblick haben, eher einzudämmen, früher zu erkennen und hoffentlich auch zu vermeiden.

<u>Frage</u>: ... Welches Gremium sehen Sie als entscheidend an, um in der Zukunft solche Dinge zu vermeiden? Oder ist die Europäische Gemeinschaft immer noch nicht so weit, um auf so etwas zu reagieren?

Antwort: Doch. Wir haben ja über Maastricht auch vereinbart eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik... Wir sind ja auch in den anderen Gremien vertreten und vernetzt, über die WEU, über die KSZE, über die NATO, über die UNO, wo ja zwei europäische Länder im Sicherheitsrat sind und wo wir gern auch rein wollen. Also, wir haben schon die Chance, überall mitzureden. Und es ist irgendwo ein bißchen traurig, ja, das habe ich gesagt, daß dieses europäische Problem nun von den Europäern bisher nicht gemeistert werden konnte. Aber wir sind ja nicht allein. Alle anderen, die sich bemüht haben, sind auch nicht sehr viel weitergekommen...

<u>Frage</u>: Ist es nicht vielmehr das Problem einer zerstrittenen Gemeinschaft? Deutschland fährt einen anderen Kurs oder hat eine andere Meinung zum Jugoslawien-Konflikt als Ihr Gast..., der britische Außenminister...?

Antwort: Also, das würde ich nicht sagen.. Wir haben uns als Europäer gemeinsam bemüht... Es gab in Einzelfragen, beispielsweise in Fragen der Aufhebung des Waffenembargos, verschiedene Meinungen... Im Wesentlichen haben die Europäer da einheitliche Meinungen vertreten. Das Bild, das da immer gemalt wird, wir seien auseinander, und deswegen sei das nichts geworden, das ist falsch. Richtig ist, daß die Europäer insgesamt nicht in der Lage waren, den Konflikt in den Griff zu bekommen, weil niemand bereit war bisher, auch die Amerikaner nicht..., durch den Einsatz massiver Bodentruppen ... das Problem in den Griff zu bekommen. Und wir sind die schlechtesten Ratgeber in diesem Zusammenhang, weil wir ja eben aus politischen und verfassungsrechtlichen Gründen unsere Soldaten nicht nach Jugoslawien schicken können.

Fernseh-/Hörfunkspiegel I 13.09.93 Kinkel

4. Mitgliedschaft der Bundesrepublik im UNO-Sicherheitsrat

<u>Frage</u>: ... Sie haben sich nicht dazu geäußert (ob die Bundesrepublik mit oder ohne Veto-Recht ständiges Mitglied werden soll im UNO-Sicherheitsrat)?

Antwort: Nein. Zum Veto-Recht äußere ich mich deshalb nicht, weil ich glaube, daß das etwas ist, was erst erörtert werden sollte, wenn wir uns über das Grundprinzip der Ausweitung des Sicherheitsrates einig sind. Bevor allerdings Entscheidungen fallen, muß über dieses Thema gesprochen werden, und dann muß man über die verschiedenen Modelle, die es gibt, nachdenken...

5. Blauhelmeinsätze der Bundeswehr

Frage: ... Worauf fußt Ihre Hoffnung, (daß die SPD ihren Kurs verläßt)...?

Antwort: Ich habe aus dem Gespräch mit Herrn Scharping diese Hoffnung nicht ziehen können und auch nicht aus der letzten Debatte im Deutschen Bundestag. Ich habe einfach die Hoffnung als Außenminister, daß die große Oppositionspartei SPD nicht an dem Faktum vorbei kann, im Hinblick auf ihren Wunsch, regierungsfähig zu werden, diese Blockade aufzugeben...

Frage: ... Könnte die Zeit kommen, wo sich die FDP ... der Rechts-auffassung der Union auch anschließt? Dann müßte man eine Grundgesetzänderung ja auch nicht durchführen.

Antwort: Das halte ich für ausgeschlossen. Wir haben die Rechtsauffassung, daß der Artikel 87,2 des Grundgesetzes sozusagen Grundlage für die Beurteilung dieser Fragen ist; die CDU/CSU meint, es sei der Artikel 24. Deshalb ja letztlich auch die Hoffnung auf das Bundesverfassungsgericht, wenn die SPD uns die zwingend notwendige Zweidrittelmehrheit nicht verschaffen würde.

Frage: Sind Sie wirklich ... Realist genug, um sagen zu können, daß das wirklich nur noch das Verfassungsgericht entscheiden wird?

Antwort: ... Ich habe die Hoffnung. Ich möchte wirklich ungern mit diesem Thema in 20 Wahlkämpfe gehen, weil das Deutschland schadet. Und das sagt der Außenminister, der ja in der Praxis täglich verhandeln muß und sieht, wie sehr wir nach diesem Themenkreis gefragt werden, nicht weil wir Außenpolitik militarisieren wollen, sondern einfach deshalb, weil von uns erwartet wird als 80-Millionen-Volk, daß wir wie andere auch uns an der Friedenssicherung beteiligen.

BPA-Nachrichtenabt. Referat II A 5 Rundf.-Ausw. Inland

40

Fernseh-/Hörfunkspiegel I 13.09.93 Kinkel

ZDF/11.09.93/19.05/KÖ - HEUTE -

KOKINKE2/12.09.93

Dr. Klaus K i n k e l , Bundesminister des Auswärtigen, z. Zt. Bilzen,

zu den Beratungen der EG-Außenminister über Bosnien

(im Rahmen eines Berichtes von Udo van Kampen)

<u>Bericht</u>: ... Für Kinkel gibt es zum Genfer Teilungsplan keine Alternative. Er drängte darauf, daß Bosnien als Staat wenigstens eine Überlebenschance erhält:

<u>Kinkel</u>: Da spielen zwei Punkte im Augenblick eine große Rolle. Mostar: Dort ist daran gedacht, eventuell einen EG-Administrator einzusetzen. Ich habe für Deutschland erklärt, daß wir bereit wären, diesen Administrator zu stellen. Das zweite ist, daß Owen uns gebeten hat für die beiden Häfen Ploce und Neum, die im Augenblick im Gespräch sind, (daß sie) eventuell an die Moslems kommen.

Bericht: Deutsche und Franzosen prüfen jetzt die Möglichkeit, den Fischereihafen an der Adria in einen Tiefseehafen umzubauen...

4 4